



Regierungsratsbeschluss vom 15. Dezember 2020

Interpellation Nr. 143 Thomas Gander betreffend Folgen und Massnahmen der Corona-Krise für sozioökonomisch schwache Menschen und Familien;
schriftliche Beantwortung

P205459

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Die in der Corona-Krise beschlossenen Unterstützungsmassnahmen konnten die finanziellen Einbussen der Betroffenen bisher relativ gut abfedern. Bei einer erheblichen Verringerung des Einkommens können betroffene Personen umgehend bei den zuständigen Fachstellen eine Anpassung bzw. Erhöhung der Sozialleistungen beantragen. Wie in der Interpellationsbeantwortung aufgezeigt wird, liegen die Erwerbsversicherungen mehrheitlich in der Kompetenz des Bundes bzw. würden – im Fall eines Ausbaus der Kurzarbeitsentschädigung oder einer Erhöhung der ALV-Taggelder – unverhältnismässig hohe Kosten verursachen.

